

Parlamentarischer NordSüdDialog

No. 40 / Juli 2016



Inhalt

- 2 Sportgroßereignisse und Menschenrechte – eine Herausforderung
Martin Kainz, Nosso Jogo - Initiative für globales Fair Play
- 4 Rio 2016: Ein Volk erwartet sein Erbe
Thiago Mendes, PACS – Institut für alternative Politik, Rio de Janeiro
- 5 Projektpartnerschaft: Bessere Kommunikation mit der Bevölkerung
On-the-job-Training in ICT
- 6 National Assembly of Zambia Football Club – Taking Parliament closer to the people through sport
Teddy Nyambe, Assistant Principal Clerk ICT of the National Assembly of Zambia
- 7 Kommentar: Trendwende in der Entwicklungszusammenarbeit!?
Annelies Vilim, AG Globale Verantwortung
- 7 Literatur für den Sommer
- 8 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Abgeordnete des mosambikanischen Parlaments informieren sich über ICT in den Partnerparlamenten in Portugal und Österreich.

Foto: Assembleia da República da Portugal

Editorial



**Sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Leserinnen und Leser!**

Von der Fußball-EM zu den Olympischen Spielen ... Dieser Sommer steht im Zeichen sportlicher Großereignisse. Und wie immer wird viel darüber diskutiert, wer gewinnen wird oder verliert. Leider stehen die Verlierer_innen abseits der Stadien oftmals schon im Vorfeld fest, sei es in der Sportartikelproduktion oder im Zuge von Vorbereitungen auf Sportgroßereignisse. Es ist nicht alles (olympisches) Gold, was glänzt und seriöse Studien zeigen, dass Investitionen sich nicht unbedingt an Nachhaltigkeit orientieren, oder zu einer Verbesserung der Infrastruktur im Sinne der lokalen Bevölkerung beitragen. Die österreichische Initiative Nosso Jogo, also „Unser Spiel“, versucht durch Vorträge und Diskussionsveranstaltungen auf diese Probleme aufmerksam zu machen und tritt gemeinsam mit anderen Menschenrechtsinitiativen auf internationaler Ebene für bindende Menschenrechtsstandards bei Sportgroßereignissen ein. Als Gesetzgeber können Abgeordnete wesentlich zur Durchsetzung und Einhaltung verbindlicher Regelungen beitragen.

Wie man Sport auf sehr positive Weise einsetzen kann erfahren Sie im Artikel des stellvertretenden Leiters der IT Abteilung des sambischen Parlaments, Teddy Nyambe, der auch ehrenamtlicher Vorsitzender des parlamentariseigenen Fußballclubs ist. Unter dem Motto „Bringing Parliament to the people through sport“ touren die Mannschaften durch das Land, nicht nur um die Meisterschaft zu gewinnen, sondern auch, um die Menschen über die Arbeit des Parlaments zu informieren.

In der Hoffnung, dass die Informationen in unserem letzten Newsletter vor der Sommerpause auf IHR Interesse stoßen, wünsche ich Ihnen im Namen des NordSüdDialog Teams erholsame Wochen und freue mich auf die nächsten Aktivitäten im Herbst.

Jutta Kepplinger

Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

Sportgroßereignisse und Menschenrechte – eine Herausforderung

Martin Kainz, Nosso Jogo – Initiative für globales Fair Play

Die ersten Olympischen Spiele fanden 1896 in Athen, die ersten Weltmeisterschaften im Fußball 1930 in Uruguay statt. Der Rummel um die globalen Sportveranstaltungen wurde über die Jahre immer größer, Verletzungen der Menschenrechte gingen stets mit einher.

Pierre De Coubertin¹, Pädagoge und Erfinder der Olympischen Spiele der Neuzeit, dachte von denselben als einen „Wettstreit mit dem Frieden“. In der Olympischen Charta, dem Regel- und Ethik-Werk des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), wird der Wert des Sports für die Völkerverständigung betont, der Sport in den Dienst der harmonischen Entwicklung der Menschheit, fern von Diskriminierung und Ausgrenzung gestellt. Von diesem Ideal scheint man v. a. auch in den letzten Jahren weit entfernt zu sein.

Ob Medienfreiheit rund um Peking 2008, weiße Elefanten (leer stehende Stadien ohne Nachnutzungspotential) im Zuge der Fußball-WM in Südafrika 2010, Vertreibungen und Polizeigewalt in Brasilien und Rio de Janeiro 2014 und 2016, oder – zukünftige Mega-Events betreffend – homophobe Gesetzgebungen in Russland (WM 2018) sowie ein an Sklaverei erinnerndes Arbeits-System in Katar² (WM 2022): die positiven Meldungen rund um Sport sind längst nicht mehr im Vordergrund, vieles gilt es für ein Respektieren von Menschenrechten noch zu tun.

Sportgroßereignisse werden veranstaltet, um Länder oder Städte zu „labeln“, um ihnen ein positives Image zu verpassen, um den Tourismus anzukurbeln, neue Wirtschaftspartnerschaften einzugehen. Die Absichten hinter dem Veranstalten von diesen Mega-Events sind durchaus

hehre, dabei darf aber nicht vergessen werden, dass sie vor allem auch einem dienen: der Legitimation von Macht, oft durch restriktive Mittel gewährleistet.

Die Vergabe von Olympischen Spielen oder Fußballweltmeisterschaften geht an diejenigen Städte und Länder, die – in vielerlei Hinsicht – am meisten bieten können. Hier geht es nicht nur um den reibungslosen Ablauf des Geschehens selbst, die Attraktivität der Austragungsstätten sowie den Zuschauer_innenzuspruch, sondern – mehr hinter den Kulissen – um lukrative Wirtschafts-Abkommen, Deals mit Sponsor_innen und vor allem auch um Zugeständnisse an die internationalen Verbände (IOC und FIFA), hinsichtlich Steuerbefreiungen oder Gewinn-Anteilen.

In so genannten westlichen Ländern und Städten gab es zuletzt – vor allem von der Bevölkerung – immer wieder Abfuhr an die Politik, wenn es um das Austragen von Olympia oder der Fußball-WM ging. Zu hohe Kosten für die Steuerzahler_innen, zu viel finanzieller Aufwand bei bisher nicht nachgewiesenem nachhaltigem Nutzen. Die Events finden zunehmend in autoritär geführten Staaten statt, wo zivilgesellschaftliche Mitbestimmung weniger ausgeprägt, das Einhalten von Menschenrechten weniger reglementiert und kontrolliert ist.

Der öffentliche Druck auf Austragungs-länder und Verbände wird dabei immer größer. Während das IOC 2014 die so genannte Agenda 2020³ lancierte, ein Reformprogramm, das auch die Wahrung der Menschenrechte beinhaltet, installierte die FIFA John Ruggie⁴ als deren Berater, ein ausgewiesener Ex-

¹ Der Franzose gründete 1894 das Internationale Olympische Komitee (IOC) und gilt als Wiederbeleber der Olympischen Spiele.
² Das so genannte Kafala-System ist ein spezielles System der Bürgerschaft, bei dem Migrant_innen u.a. ihre Pässe abgeben müssen und diese erst nach Vervollendung der zu erledigenden Arbeit wiedererhalten.



Alle Parlamentsparteien sowie Sportminister Doskozil unterschrieben im April 2016 die Nosso-Jogo-Petition „Gemeinsam für Menschenrechte“.

Foto: David Visnjic

perte im Bereich Menschenrechte und Wirtschaft. Dies sind erste Signale, dass die öffentliche Debatte, die Dringlichkeit dahinter, ernst genommen wird.

Damit Sportgroßereignisse aber nachhaltig mit Menschenrechten konform gehen, sind die Hebel auf verschiedensten Ebenen anzusetzen:

Es braucht bindende Menschenrechtsstandards schon in den Ausschreibungen zu den Großveranstaltungen. Die Bewerbungen der Austragungsländer und -städte müssen zeigen, wie Menschenrechte respektiert werden, mehr noch, v. a. in Ländern mit noch geringen Standards, wie das Einhalten von Menschenrechten gefördert werden kann.

Es braucht dahingehend auch Klauseln und Vereinbarungen in den Verträgen zwischen Verbänden und Austragungs-orten, in den Host-City-Verträgen.

Verbände als auch Städte und Länder müssen klar definieren, wie Ereignisse unter Einhaltung der Menschenrechte stattfinden können bzw. was noch zu tun ist, sofern es Aufholbedarf gibt.

Wichtige und einflussreiche Akteur_innen sind auch die Unternehmen. Entscheidend ist hier nicht nur das Agieren von Unternehmen vor Ort, sondern auch die Beschaffung von Sportartikeln und Fan-Utensilien in den Herstellungsländern. So sehen etwa die Ruggie-Prinzipien vor, dass Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft und rechtlich belangt werden müssen. Es gibt erste Anzeichen dafür, dass dies in absehbarer Zeit zu einem sehr wichtigen Teil internationalen Rechts wird.

Zu guter Letzt, und hier spielen neben den Vorgaben der Verbände auch die

Medien eine gewisse Rolle, geht es auch um ein Nivellieren der Events und zwar auf eine Ebene des Spektakels, die lokal und regional verträglich ist, auf eine Ebene, die die Verantwortlichen nicht in Schulden stürzt und in Erklärungsnot bringt, sondern auch sozial und ökonomisch gewinnbringend sein kann.

Nur wenn es ein Zusammenwirken der genannten Akteur_innen gibt, wenn Sportgroßereignisse wieder realistisch konzipiert sind, werden potentielle Fußballweltmeisterschaften in Indien oder Kolumbien bei einhergehendem Respekt vor den Menschenrechten stattfinden können und Olympische Spiele in Berlin oder New York auch wieder breiten zivilen Zuspruch finden.

Nosso Jogo – Initiative für globales Fair Play

Die Initiative Nosso Jogo wird von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gefördert und ist ein Zusammenschluss von mehr als 150 nationalen aber auch internationalen Akteur_innen, in erster Linie aus dem Bereich Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte. Projektträger_innen von Nosso Jogo sind das VIDC, Südwind, die Dreikönigsaktion, das Österreichische Lateinamerika-Institut sowie die Frauen*solidarität. Ziel von Nosso Jogo ist es, auf Menschenrechte im Rahmen von Sportgroßereignissen aufmerksam zu machen sowie auf verschiedensten Ebenen zu informieren; so werden etwa in Österreich Workshops, Diskussionsveranstaltungen sowie Vorträge angeboten, auf UN- und EU-Ebene wird gemeinsam mit anderen Initiativen für bindende Menschenrechtsstandards bei Sportgroßereignissen eingetreten.

Im März 2016 wurde ein Dossier zu „Rio 2016 – Sportgroßereignisse und Menschenrechte“ herausgegeben. Mehr Informationen und Materialien dazu gibt es hier: www.nossojogo.at.

3 Siehe: www.olympic.org/olympic-agenda-2020.

4 John Ruggie ist gebürtiger Österreicher und Politikwissenschaftler an der Universität Harvard. Er ist seit 2005 UN-Sonderbeauftragter für Menschenrechte und wirtschaftliche Unternehmen und zeichnet für den „Ruggie-Report“ verantwortlich, die so genannten „Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“. www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf

Rio 2016: Ein Volk erwartet sein Erbe

Thiago Mendes, PACS – Institut für alternative Politik, Rio de Janeiro*

Die Bevölkerung von Rio de Janeiro erträumte sich den Beginn der Olympischen Spiele als einen Moment der Freude in einer modernisierten Stadt, die bereit ist für ein großes Fest. Die Realität ist jedoch eher ein Albtraum, den man so schnell wie möglich vergessen möchte.

Die Vorbereitungen auf die Spiele in Rio haben sich zu einer erschreckenden Routine entwickelt: in einen Prozess der Umsiedlung von mehr als 22.000 Familien, in Polizeieinsätze bei denen Jugendliche, Farbige und Arme in den Favelas getötet werden, in Arbeitslosigkeit und in der Verfolgung von Tausenden von informellen Händler_innen. Weniger als zwei Monate vor der Eröffnungszeremonie ist die Frage, ob die Spiele immer noch von der Bevölkerung erwartet werden und was das Erbe für die Stadt sein wird?

Im Bereich Verkehr hat es beispielsweise wenige Fortschritte gegeben. Eine Fahrt mit dem Bus, der Fähre oder der U-Bahn in Rio ist teuer, unbequem und es kommt regelmäßig zu Verspätungen in den überfüllten Verkehrsmitteln. Die BRT Linien (Bus Rapid Transport) sind drei Jahre nach ihrer Inbetriebnahme bereits überlastet, und wurden lediglich den Profitinteressen der Transportunternehmen gerecht. Die U-Bahn Linie 4, deren Bau 1998 ausgeschrieben wurde, wird erst zur Eröffnung der Spiele

in Betrieb genommen und dies nur für Delegationen, Fans mit Tickets zu einzelnen Sportevents und die Presse. Der Rest der Bevölkerung von Rio wird bis zum Ende der Paralympics warten müssen, um die Linie verwenden zu dürfen, und auch dann nur eingeschränkt. Diese „neue“ U-Bahn Linie ist letztendlich auch lediglich eine Verlängerung der Linie 1 und somit zur Lösung des Problems von Verkehrsstaus in den reichen Gebieten der Stadt konzipiert.

Dutzende von Autobuslinien wurden verkürzt und wütende Passagiere müssen nun einen Transportwechsel in Kauf nehmen, um zur Arbeit zu kommen. Das Umsteigen wird dabei nicht vollständig durch ein Ticket abgedeckt, was einer realen Verteuerung des Transports gleichkommt. Von diesen Maßnahmen sind vor allem direkte Verbindungen zwischen den Vororten und den Stränden im Süden der Stadt betroffen. Zudem werden die Polizeikontrollen rund um „geschützte Zonen“ für den Tourismus und wohlhabende Viertel der Stadt intensiviert.

Das kurz vor ihrer Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff unterzeichnete „Allgemeine Gesetz zu den Olympischen Spielen“ sieht – neben der Ahndung anderer Verstöße – auch Handelsbeschränkungen in den offiziellen Veranstaltungsbereichen der Spiele vor. Damit werden Tausende von Straßen-

händler_innen am Verkauf ihrer Waren in dann stark frequentierten Gebieten der Stadt und somit an der Generierung von Einkommen gehindert; die Gewinne werden von den großen Sponsoren gemacht. Ein Anti-Terror-Gesetz wurde geschaffen, um Proteste sozialer Bewegungen während der Spiele zu kriminalisieren. Die gerichtliche Untersuchung der Operation „Lava Jato“, die Bestechungszahlungen auf Bundesebene klären soll, droht nun auch „mögliche Unregelmäßigkeiten“ auf kommunaler Ebene zu enthüllen. Ein Sitzungsprotokoll der Staatsanwaltschaft verweist auf einige Unternehmer, die beim Bau des Olympischen Parks involviert waren. Ebenfalls Gegenstand von Ermittlungen durch die Bundespolizei ist der Komplex Deodoro Olympic, bei dem eine Abzweigung von öffentlichen Geldern in der Höhe von R\$ 85 Millionen (rund 22 Millionen Euro) untersucht wird.

Die Liste der verschiedenen Menschenrechtsverletzungen, die im Vorfeld der Olympischen Spiele in Rio begangen wurden und werden, ist lang. Viele Vorkommnisse und ihre schmerzlichen Auswirkungen sind dabei nur bedingt durch Zahlen und Statistiken erfassbar. Seit 2009, dem Jahr seit dem Rio als Gastgeber und Austragungsort feststeht, wurden laut einem jüngst erschienenen Bericht von Amnesty International 2.500 Menschen von der Polizei getötet. Das Erbe der letzten Jahre ist also, dass die Polizei zuerst schießt und dann erst Fragen stellt und die Zerstörung von Häusern durch Bulldozer ermöglicht, dass Mütter den Tod ihrer Kinder betrauern, Familien ihre Arbeitsplätze verloren haben, aber auch dass Athlet_innen keinen Platz zum Trainieren haben. Für viele Bewohner_innen von Rio gibt es also keinen Grund zum Feiern bei diesen „Spielen der Exklusion“.



* Aus dem Portugiesischen übersetzt von Ingrid Pranger

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Bessere Kommunikation mit der Bevölkerung durch ICT



Von 18. bis 25. Mai waren Vertreter_innen des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Frauenfragen und öffentliche Kommunikation der Assembleia da República da Moçambique zu Gast in den beiden Partnerparlamenten in Portugal und Österreich. Ziel der Reise war es, eine Übersicht zu den Vorteilen und Herausforderungen der verwendeten ICT-Tools zur Verbesserung der Beteiligung der Öffentlichkeit am parlamentarischen Prozess in beiden Ländern zu erhalten. Im Vordergrund standen die Fragen nach den nötigen

internen Organisationsprozessen, um solche Tools in die parlamentarischen Routine einzubeziehen, welche Voraussetzungen und Ressourcen es zur Implementierung und Nutzung braucht (Finanz-, Hardware, Software, Wartung, personelle Ressourcen) sowie eine Analyse, wie ICT zu einer Änderung in der parlamentarischen Praxis beitragen kann und die Rechenschaftspflicht der Abgeordneten gegenüber ihren Wähler_innen erleichtert. Im Rahmen des interessanten Austausches und der vielen Gespräche wurde der mosam-

bikanischen Delegation deutlich, dass vor der Implementierung dieser Tools zuerst die IT Infrastruktur konsolidiert sein muss und besonders auch darauf geachtet werden muss, dass genügend Geld und personelle Ressourcen für die Wartung vorhanden sind. Die Delegation wird der Präsidentin der Assembleia, Veronica Macamo, einen Bericht über die Reise mit Empfehlungen für die weiteren Schritte vorlegen. Basierend darauf werden die weiteren Aktivitäten auch im Rahmen der Partnerschaft definiert. JK

Die mosambikanische Delegation wurde u.a. von Parlamentsvizeirektorin Susanne Janistyn-Novák empfangen.

Foto: Jutta Kepplinger

On-the-job-Training enhances productivity

Report by Isabel Nascimento

Developments in the field of ICT are very fast and hence it is necessary that parliamentary staff is constantly trained and updated, as their qualification reflects directly on the productivity of a parliament. On-the-job training meets the aforementioned needs for its practical content and for its conduct in a work context.

Among the objectives of the Mozambican Assembly (AR) is the support of training to meet future technical capacity requirements with the goal that the legislative and control duties of parliament can be effectively supported by ICT. Thus, an on-the-job training of two technicians from the AR was held in the Portuguese Parliament from the 4th to the 10th of June 2016. The training was part of the activities defined in the trilateral cooperation between the Parliament of Mozambique, Portugal and Austria within the framework of the NorthSouthDialogue programme. The focus of the training was on System Administration and Helpdesk Service.

In the area of System Administration topics of the training were functions, tasks and organization of the systems

management team, the general characterization of the virtualization infrastructure of the Parliament, the technical infrastructure of the IT center as well as a visit to the Data Processing Center. Within the area of Helpdesk the design and function of the operating system was discussed. Basically, the help desk is the „face“ of the computer center and it can be seen as a complementary management support to the user. Topics of the trainings were a. o. the characterization of the Service Desk within the IT Centre of the Parliament, the design and specifications of its functions, the User Portal and software management and information.

From the programme's point of view the objectives were achieved, although this was only one aspect of the real need of the IT staff of the Information Center of the Parliament of Mozambique (CIAR). Other issues of equal and great importance must also be taken into account - in particular the availability of technical infrastructure resources and financial viability. Both aspects make it currently impossible to actually apply all the knowledge acquired and allow good practice in ICT. Here the AR itself



Ruben Camilo from the Portuguese Parliament with Isabel Nascimento

Foto: Isabel Nascimento

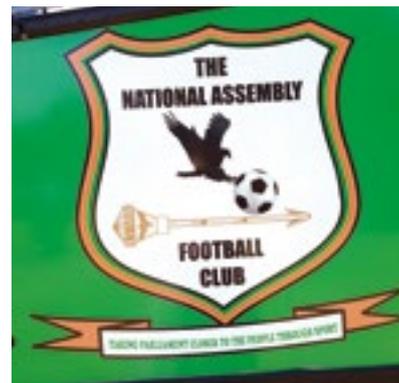
needs to strengthen its efforts to achieve the necessary results.

The NorthSouthDialogue programme allowed the acquisition and consolidation of knowledge and practical experience that will give us the possibility of acting in a more autonomous manner and consequently be more attentive to unexpected situations that may arise by responding quickly and appropriately. Thus, the two staff members, Isabel Nascimento and Ambrósio Soares, want to thank all the partners within the NorthSouthDialogue programme, the Portuguese and Austrian Parliament but also the Austrian Development Cooperation as the donor, for the support given.

National Assembly of Zambia Football Club

Taking Parliament closer to the people through sport

Teddy Nyambe, Assistant Principal Clerk ICT of the National Assembly of Zambia and Chairperson of the Football Club



The National Assembly of Zambia Football Club started off as a team consisting of members of staff in 1993 with the aim of recreation and as a way to keep fit. As the team continued its recreation and keep fit activities, youths from the surrounding community expressed interest and joined the team. It was then discovered that most of the youths who joined the team were unemployed. In 1994, an idea was hatched of establishing a fully fledged football club. It was envisaged that the club would serve as a viable recreation facility for many unemployed youths so as to prevent them from engaging in unprofitable and dangerous vices such as alcohol and drug abuse. In addition, it was envisaged that the club would be a workable platform to inform the public about Parliament with the motto of “Taking Parliament closer to the People”.

The club was established in 1995 with full sponsorship from the National Assembly of Zambia. Through this initiative, many youths who were unemployed and had nothing to do, found, not only a means of recreation but also

a means of income generation. This in a way provided “employment” to the many unemployed youth.

The Club has gone through a number of transformations over the years and currently it has three teams: the senior men’s, women’s and the developmental under 17 men’s teams. Currently, the senior men’s team is in the Football Association of Zambia Division One League, the second tier league after the Super League. The team was relegated from the Super League last season but through enthusiasm, dedication and hard work, we are confident that it will bounce back to the Super League at the end of the current football season.

Apart from a monthly grant from the National Assembly of Zambia the Club is funded from members’ subscription fees. Any person can be a member of the Club, although the current membership consists only of Members of Parliament and Staff. It must, however, be noted that the grant and member subscriptions are unable to fully sustain the Club. It is for this reason that the Club

has been engaging the corporate world and other cooperating partners to co-sponsor the Club. The Club is managed by the Executive Committee, which is elected every two years. The current Executive Committee has planned various activities in line with the goal of taking Parliament closer to the people through sport by developing a strategic plan that seeks to enhance citizen engagement in Parliamentary processes.

Regarding taking Parliament to the people through Sport, the club fulfils this goal by creating a “vibe” in communities about the existence of Parliament and consequently citizens relate the team to the work of their parliamentarians. Additional, the team has a bus that has been branded with institutional colours with a touch of football. This, in a small way, has raised the visibility of the National Assembly. As a future project, the club will consider distributing simplified brochures during matches to further engage citizens on the exact work of Parliament and how they can participate.

The football team of the National Assembly of Zambia
Foto: Teddy Nyambe



Kommentar: Trendwende in der Entwicklungszusammenarbeit?!

Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbandes AG Globale Verantwortung

Mit der Erhöhung der Beiträge für die bilateralen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit Österreichs wurde ein erster Schritt für eine Trendwende in der österreichischen Entwicklungspolitik gesetzt. Nun gilt es darauf zu achten, dass diese Gelder auch wirklich im Sinne der Armutsbekämpfung verwendet werden. Dazu müssen die Ursachen von Armut, nicht die Symptome bekämpft werden.

Nach Jahren der Kürzungen und Stagnation werden die bilateralen Projektmittel der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in der Austrian Development Agency von derzeit 77 Millionen Euro schrittweise auf 154 Millionen Euro im Jahr 2021 erhöht. Dies ist ein erster Schritt zur Erreichung des international vereinbarten Ziels, 0,7% des BNE für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Dies hat die AG Globale Verantwortung gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen jahrelang gefordert. Österreich lag im letzten Jahr mit 0,32 % noch weit unter dem Ziel.

Noch nicht fixiert, aber genauso wichtig ist, wofür die zusätzlichen Mittel verwendet werden. Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung und insbesondere des Außenministers, dass diese Mittel tatsächlich für Projekte mit entwicklungspolitischem Mehrwert eingesetzt werden, die Armut bekämpfen und Menschen ein menschenwürdiges

Leben ermöglichen. Es geht um Projekte, die Lebensbedingungen verbessern und Perspektiven schaffen wie beispielsweise solche die Wasser- und Gesundheitsversorgung fördern, regionale Landwirtschaft aufbauen, Zugang zu Märkten ermöglichen, demokratische und rechtsstaatliche Strukturen fördern und – ganz zentral im Kampf gegen Armut – Bildungschancen eröffnen und Arbeitsplätze schaffen. Damit können Grundlagen für ein Arbeitseinkommen, aber auch für gesellschaftliche und demokratische Partizipation geschaffen werden – Grundlagen, die helfen, den Teufelskreisen von Armut, Hunger und Kriegen zu entkommen. Dafür müssen die zusätzlichen (und mehr) Mittel eingesetzt werden, damit sie letztlich zu mehr politischer Stabilität, Einhaltung der Menschenrechte und sozialer Sicherheit in den Partnerländern führen und so den Menschen echte Lebensperspektiven ermöglichen. Genau diese nachhaltig verstandene Entwicklungspolitik, die eine Welt im Gleichgewicht anstrebt, sichert uns allen ein Leben in Frieden und Sicherheit.

Definitiv keinen Beitrag zur Bekämpfung von Armut leisten jedoch Maßnahmen, die der Abwehr von Menschen auf der Flucht dienen. Die Bundesregierung darf nicht der Symptombekämpfung verfallen, die Entwicklungspolitik zur Migrationsabwehr instrumentalisieren und die neuen Gelder für diese Zwecke

missbrauchen. Die bloße Förderung der Rückkehr in Herkunftsländer ist definitiv keine Maßnahme mit entwicklungspolitischen Zielen. Wird ein Teil der Gelder, wie von Außenminister Sebastian Kurz bereits angekündigt¹, wirklich für die Förderung der Reintegration von Rückkehrer_innen verwendet, dann muss er diese auch tatsächlich beim Aufbau einer neuen Existenzgrundlage in ihren Herkunftsländern unterstützen. Erst wenn Rückkehrer_innen nachhaltige ökonomische, soziale und politische Perspektiven eröffnet werden, kann auch von einer sinnvollen entwicklungspolitischen Maßnahme gesprochen werden.

Wir haben es oft genug gehört, aber Worte reichen leider nicht. Es braucht die nötigen Schritte und Handlungen, die Taten: es gilt, die Ursachen von Armut zu bekämpfen und nicht die Symptome. Nur wenn die zusätzlichen Gelder tatsächlich dafür eingesetzt werden, Menschen Lebensperspektiven zu eröffnen und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen – wie es auch die von den UN-Staaten im Herbst 2015 beschlossenen Ziele für Nachhaltige Entwicklung vorsehen -, ist die Trendwende gelungen. Genau dazu hat sich Österreich verpflichtet und nur so werden Chancen und Lebensperspektiven für alle geschaffen. In Österreich und überall auf der Welt.

¹ Vgl. <https://www.bmeia.gv.at/das-ministerium/presse/aussendungen/2016/04/bundesminister-kurz-trendumkehr-in-der-oesterreichischen-entwicklungszusammenarbeit/>

Literatur für den Sommer



Naruddin Farah

Jenes andere Leben

Als Bella vom gewaltsamen Tod ihres Bruders bei einem Anschlag in Mogadischu erfährt, bricht sie auf, um sich dessen halbwüchsiger Kinder anzunehmen. Doch auch die getrennt lebende Mutter der Kinder erhebt ihre Ansprüche, und zwischen den Frauen entspinnt sich ein Machtkampf ...



Bachtyar Ali

Der letzte Granatapfel

An Bord eines Bootes, das ihn zusammen mit anderen Flüchtlingen in den Westen bringen soll, erzählt Muzafari Subhdam seine Geschichte als Lebensretter des legendären kurdischen Revolutionsführers, über seine Gefangenschaft und die Suche nach seinem verschollenen Sohn.

ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

GERECHTER LOHN ZUM (ÜBER)LEBEN

Zurzeit dreht sich das runde Leder in Frankreich und stößt viele Diskussionen an – leider nicht über die Produktion und die Arbeitsbedingungen der Menschen, die Fußballer, Sportschuhe, Trikots oder generell (Sport)Bekleidung herstellen. Die Umsätze internationaler Großkonzerne wie Nike oder H&M befinden sich im Milliarden-Euro Bereich; die Löhne der Arbeiter_innen reichen dagegen kaum zum Überleben. Das Recht auf einen Existenzlohn ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert. Trotzdem lebt die Mehrheit der über weltweit 60 Millionen Textil-Arbeiter_innen in Armut. Die Länder China, Türkei, Bangladesch, Indien, Kambodscha, Sri Lanka, Malaysia und Indonesien sind für ca. 60% der weltweiten Produktion verantwortlich, während 60% des Konsums in Europa und Nordamerika stattfindet.

Mindest- vs. Existenzlohn am Beispiel Bekleidungsindustrie

Ein existenzsichernder Lohn (living wage) ist ein Lohn (48 h Woche), der ausreicht, um die Grundbedürfnisse der Arbeiter_innen und der (abhängigen) Familienmitglieder zu befriedigen. Neben Nahrung zählen bspw. noch Miete, Gesundheitsversorgung oder Bildung zu den existentiellen Bedürfnissen (Abb. 1 und 2). Der gesetzliche Mindestlohn liegt in zahlreichen Ländern, in denen die Bekleidungsindustrie ein wichtiger Arbeitgeber ist, weit unter dem Existenzlohn. Die Arbeiter_innen erwirtschaften durch ihre Arbeitskraft teils weniger als 20% des Existenzlohns (Abb. 3; die Zahlen beziehen sich auf Monatslöhne). Eine Erhöhung der Löhne auf ein Existenzniveau hätte dabei meist nur marginale Mehrkosten für den jeweiligen internationalen Bekleidungskonzern zur Folge, den der Lohnanteil der Arbeiter_innen ist mit ca. 0,5 bis 3% sehr gering – die Gewinne werden anderswo gemacht (vgl. Abb. 4). Teure Marken und hohe Verkaufspreise eines Stückes sind keine Garantie für existenzsichernde Löhne.

Decent Work

Die ILO (International Labour Organisation) propagiert seit langem die sogenannte Agenda für menschenwürdige Arbeit aus dem Jahr 1999, die u. a. beinhaltet, dass es Beschäftigungsmöglichkeiten mit fairem Einkommen gibt, dass Sicherheit am Arbeitsplatz und soziale Absicherung von Arbeiter_innen und deren Familien gewährleistet ist, oder dass es die Freiheit zur gewerkschaftlichen Organisation gibt. Die vier Eckpunkte der Agenda sind (wobei Geschlechtergleichstellung als Querschnittsmaterie gesehen wird):

- Schaffung von Arbeitsplätzen (job creation)
- Arbeitsrechtliche Sicherheit (rights at work)
- Soziale Absicherung (social protection)
- Sozialer Dialog (social dialogue)

Eine derartige produktive Beschäftigung ist Schlüssel zu einer fairen Globalisierung sowie weltweiten Armutsreduktion. Die Agenda hat auch maßgeblichen Eingang in das achte Ziel der Sustainable Development Goals (SDGs) gefunden, nämlich „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ – jedes Land ist bei der Umsetzung gefordert!

Quellen: www.ilo.org/global/topics/decent-work/lang--en/index.htm
Clean Clothes Campaign: Living Wage in Asia, 2014. http://www.cleanclothes.at/media/common/uploads/download/asia-wage-report/CCC-AsiaReport-DEF-LR_final.pdf
Asia Floor Wage Alliance (<http://asia.floorwage.org>)



Abb. 1: Ein Existenzlohn sollte verschiedene Ausgabenkategorien decken; www.cleanclothes.at/de/existenzlohn/lohnzumleben/



Abb. 2: Die Organisation Asia Floor Wage hat auf Basis eines Warenkorb den jeweiligen Existenzlohn in verschiedenen asiatischen Ländern berechnet (in Kaufkraftparitäten). Genaue Berechnungen: <http://asia.floorwage.org/calculating-a-living-wage>



Abb. 3: Mindestlohn vs. Existenzlohn in der Bekleidungsindustrie ausgewählter asiatischer Länder. www.cleanclothes.org/livingwage/living-wage-versus-minimum-wage



Abb. 4: Die Löhne der Arbeiter_innen machen nur einen Bruchteil eines Kleidungsstückes aus. www.evb.ch/kampagnen-aktionen/die-wahrheit-hinter-modemythen